

Wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz)
Verlag
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Büch.
Bestellungen
franco gegen franco.
Sonderliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
unter besten bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrsverdienst von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gauband)
Fr. 1. 70 für Österreich (Gauband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband)
Inserate
Die dreizehnpolnige Zeitung
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 4.

Donnerstag, 18. Januar.

1883.

Leitender Redakteur und Korrespondent des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, besorgt der Verlag, dass die Briefe von dort an und aus dem Ausland möglichst unverzüglich durch den Postboten nach Zürich gelangen, so ist die dazugehörige Postgebühr notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf genommen werden. Die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu illustrieren, und letztere dadurch zu sichern. Hauptvertrieb ist hierzu einseitig, doch unsere Freunde zu helfen

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst überreichen, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Quelle außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß sich möglichst unverzügliche Zusendungen an den Verlag machen. In gewissen Fällen empfiehlt sich jedoch größere Sicherheit der Kommunikation. Sobald es und liegt, werden wir gewiß weiter Mähe nach Kräfte machen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Sozialismus und Anarchismus.

Von den 52 Angeklagten des gegenwärtig in Lyon sich abspielenden Montreprozesses haben 47, die sich zum Anarchismus bekennen, ein Manifest erlassen, welches in der Sitzung vom 12. Januar verlesen wurde, und in welchem sie ihre Grundsätze auseinandersetzen. Obwohl die Gefahr, daß der Anarchismus in Deutschland nennenswerte Eroberungen mache, eine sehr geringe ist, halten wir es doch nicht für überflüssig, an dieses Manifest eine kurze Betrachtung anzuknüpfen.

Nach einer Einleitung, in der erklärt wird, daß die Anarchisten „nichts als die Freiheit, die ganze, die unbeschränkte Freiheit,“ wollen, heißt es da:

„Wir wollen die Freiheit, das heißt, wir fordern für jedes menschliche Wesen das Recht und das Mittel, zu thun, was ihm beliebt, und zu lassen, was ihm beliebt, alle seine Bedürfnisse zu befriedigen — ohne andere Beschränkung als die, welche die Natur auferlegt, sowie die gleichfalls zu berücksichtigenden Bedürfnisse seiner Mitmenschen.“

„Wir wollen die Freiheit, und halten deren Bestand mit dem Bestande irgend einer politischen Macht, gleichviel, welches auch ihr Ursprung sei, sei sie erwählt oder aufgezungen, monarchisch oder republikanisch, von göttlichem oder vom Volks-Recht, von der heiligen Schaafe oder vom Stimmrecht befehl.“

„Die Geschichte lehrt uns, daß alle Regierungen sich gleichen und einander werth sind. Die besten sind die schlimmsten. Mehr Zynismus bei den Einen, mehr Heuchelei bei den Andern. Im Grunde überall die gleichen Maßnahmen, die gleiche Unduldsamkeit. Auch die Scheinbar freiesten haben in ihren bestaunten Gesetzes-Archiven irgend ein kleines Gesetzchen gegen die Internationale liegen, zum Gebrauch gegen unangenehme Opponenten.“

„Das Uebel liegt, in den Augen der Anarchisten, nicht in der oder jener Form der Regierung, sondern in der Regierungsweise überhaupt, es liegt im Autoritätsprinzip.“

„Mit einem Wort, die Ersetzung der verwaltungsmäßigen und gesetzlichen Bevormundung, der auferlegten Disziplin, durch den freien, beständig revidirbaren und auflösbaren Vertrag in Bezug auf alle menschlichen Beziehungen — das ist unser Ideal.“

„Die Anarchisten wollen daher dem Volke lehren, sich der Regierung zu begeben, wie es bereits beginnt, Gottes sich begeben zu lernen.“

„Es wird auch lernen, sich der Eigenthümer zu begeben. Der schlimmste Tyrann ist thatsächlich nicht der, welcher uns einlockert, sondern der, welcher uns aushungert; es ist nicht der, welcher uns am Krage, sondern der, welcher uns am Bauch packt.“

„Keine Freiheit ohne Gleichheit! Keine Freiheit in einer Gesellschaft, wo alles Kapital Monopol einer täglich kleiner werdenden Minderheit ist, wo nichts gleichmäßig vertheilt wird, nicht einmal die öffentliche Erziehung, die doch aus den Mitteln Aller bestritten wird.“

„Wir glauben, daß das Kapital, das gemeinsame Erbe der Menschheit, weil es die Frucht des Zusammenwirkens früherer und der zeitgenössischen Generationen ist, Allen zur Verfügung gestellt werden muß; daß demgemäß Niemand einen Theil zum Schaden der Uebrigen sich aneignen darf.“

„Wir wollen mit einem Wort die Gleichheit, die faktische Gleichheit als Ergänzung oder vielmehr als vornehmste Bedingung der Freiheit. Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen — das wollen wir ernsthaft und energisch; und das wird sein, denn es gibt kein Machtmittel, welches gegen so berechnete und notwendige Forderungen auskommen könnte. Das sind die Bestrebungen, wegen denen man uns allem Schimpf preisgeben will.“

„Verbrecher, die wir sind! Wir fordern Brod für Alle, Wissen für Alle, Arbeit für Alle: für Alle ebenso Unabhängigkeit und Gerechtigkeit!“

Dies das Manifest.

„An „Radikalismus“ läßt es gewiß nichts wünschen übrig, und Mancher mag im ersten Moment denken: das ist ja gar nicht so übel. Betrachten wir es aber näher, prüfen wir es auf seinen sozialistischen Werth, so zeigt es sich, daß es eine absolute Unkenntnis der einfachsten sozialökonomischen Thatsachen verrät, daß es nicht auf der Erkenntnis der wirklichen Ursache unserer wirtschaftlichen Mißstände beruht, sondern nur die Form, die Außenwelt behandelt. Es findet sich, und das ist charakteristisch, kein Wort in dem Manifest über die ökonomische Grundlage der menschlichen Gesellschaft: die Produktion.“

Was heißt es, „das Kapital soll Allen zur Verfügung stehen?“ Soll jeder Einzelne oder jede Gruppe das Recht haben, von dem Gesamtkapital der Gesellschaft, d. h. von dem

Grund und Boden, den Produktionsmitteln und Werkzeugen, einen Theil zur freien Benutzung zu verlangen? Und wer entscheidet, wie groß dieser Antheil ist? Auf diese Frage, welche wir das Recht haben, an die Anarchisten zu stellen, da sie von der heutigen Gesellschaft sofort in die anarchische überpringen wollen, haben wir noch in keiner anarchischen Zeitschrift oder Broschüre eine Antwort gefunden.

Nun ist es klar, daß es für die Gesellschaft durchaus nicht gleichgültig ist, wie das Gesamtkapital verwendet wird, ob es zur Produktion im gehörigen Maße benutzt oder in nutzlosen Experimenten verpulvert wird. In der heutigen bürgerlichen Gesellschaft schützt das wirtschaftliche Selbstinteresse gegen Letzteres, in der anarchischen Gesellschaft fällt jenes aber hinweg. Jede Gruppe ist frei, autonom, Niemand hat ihr etwas dreinzureden. Was sie aber auch thun mag, immer behält sie ihren Anspruch an das Gesamtkapital. Sie hat Rechte aber keine Pflichten, höchstens, „moralische“, über welche aber die Ansichten bekanntlich sehr auseinandergehen.

Nun ist ein großer Theil des gesellschaftlichen Kapitals überhaupt nicht theilbar: Maschinen, industrielle Anlagen, die größeren Verkehrsmittel. Wer verfügt über dieselben? Jeder und Keiner. Jeder hat ein Anrecht auf sie, Keiner ein ausschließliches. Aber sie müssen doch bürgerlich werden, die Gesellschaft bedarf ihrer oder ihrer Produkte. Die Gesellschaft — wer ist das?

Die Gesellschaft, antwortet der Anarchist, ist eine auf Grund eines „freien, jederzeit lösbaren und revidirbaren Vertrages“ vereinigte Gesamtheit. Klingt auch sehr schön.

Zum Vertragschließen gehören zwei oder mehrere Parteien. Nun schließen also eine Anzahl Individuen oder Gruppen einen solchen „freien Gesellschaftsvertrag“. Plötzlich findet sich eine dieser Gruppen benachtheiligt, sie verlangt Revision. Oho, sagen die anderen Gruppen, wir befinden uns ganz wohl bei dem jetzigen Zustand und halten ihn auch für gerecht, wir haben keine Lust zu revidiren. Was thut nun die „freie Gruppe“? Appellirt sie? Es ist Niemand da, der den andern etwas vorschreiben könnte. Macht sie ihr vermeintliches Recht mit dem Degen in der Faust geltend? Schöne Perspektive, aber sie wird es bleiben lassen. Scheidet sie aus? Dann verliert sie ihren Anspruch an das gesellschaftliche Kapital und kann von der Luft leben. Sie unterwirft sich also vorderrhand und wartet auf bessere Zeiten. Mit dem „freien Vertrage“ steht es, wie man sieht, sehr windig.

Dieser Vorgang ist natürlich nur ein gedachter, denn dahin wird es gar nicht kommen. Die ganze Lehre vom Staate oder der Gesellschaft als eines auf freien Verträgen beruhenden Organismus ist eine Utopie des vorigen Jahrhunderts. Die Geschichte lehrt das Gegentheil, Staaten und Gesellschaften sind in ganz anderer Weise entstanden und beruhen auf anderen Gesetzen. Abgesehen von allen Andern läßt sich die Erde, auf der wir wohnen, der wir unsere Nahrung entnehmen, nicht beliebig zerlegen und gruppieren, je nach den Bedürfnissen der „freien Gruppen“. Ja, wenn wir in der Luft und von der Luft leben könnten! —

„Arbeiter nimm die Maschine!
Nimm die Erde, Ackermann!“

lautet der Refrain eines revolutionären Liedes des Anarchisten Guillaume. Das ist sehr poetisch, aber sehr kleinstädtisch gedacht. Es bleibt auch dann noch kleinstädtisch, wenn unter Arbeiter autonome Gewerkschaften, unter Ackermann Landarbeitergenossenschaften gemeint sind. Denn wenn diese mit Maschinen und Aekern nach Belieben schalten können, was geschieht, so fragen wir, mit den Produkten? Werden sie der Gesellschaft verkauft, und wer bestimmt ihren Preis? Der Produzent? Dafür wird sich die Gesellschaft, die Gesellschaft, dafür werden sich die Produzenten bedanken.

Die anarchische Gesellschaft hat zu ihrer logischen Voraussetzung die Aufrechterhaltung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage als preisbestimmenden Faktor. Es fehlt uns der Raum, das hier weiter auszuführen, aber wir sind jederzeit bereit, den Beweis dafür zu liefern.

Mit der Aufrechterhaltung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage in der Produktion, behält diese aber den Charakter der Produktion von Waaren. Und wo Waarenproduktion ist, da ist unerlässlich als Vermittler des Waarenaustausches, als Preismesser, das Geld.

Wo Geld ist, bleibt Geldsammlung, bleibt Ungleichheit, Korruption u. s. w. Wir möchten den Anarchisten sehen, der das verhindern wollte.

Die Theorie von den „freien produzierenden Gruppen“ beruht fernerhin auf der falschen Vorstellung von dem Anspruch jedes Arbeiters auf den vollen Arbeitsertrag. Wir möchten den Rechenmeister sehen, der in irgend einem großartigen Betriebe, etwa in einer Maschinenfabrik, jedem einzelne Arbeiter vorrechnen will, wie hoch der einzelne Arbeitsertrag sei. Nicht der einzelne Arbeiter, sondern die Arbeiterklasse, die Gesamtheit aller Produzenten hat diesen Anspruch, der sich in der kommu-

nistischen Gesellschaft auflöst in die Formel: Jedem nach seinen Bedürfnissen.

Oho! ruft der Anarchist, das wollen ja auch wir. Gewiß, aber ihr wollt die notwendigen Voraussetzungen nicht. An der Illusion von einer unbegrenzten absoluten Freiheit willen, bekämpft, verabsichtigt ihr die kommunistische Organisation der Gesellschaft, bestreitet ihr der Gesamtheit das Recht, welches ihr jedem Einzelnen zuspricht. Das Individuum soll Ansprüche an die Gesamtheit haben, die Gesamtheit aber keine an das Individuum.

Und warum dieser Widerspruch? Aus Furcht vor der Regierung: der Herrschaftsidee. Weil „alle Regierungen bisher schlecht, tyrannisch etc. waren und sind“. „Die besten sind die schlimmsten.“ Das ist eine sehr schöne Phrase, die aber nur dem imponiren kann, der keine Ahnung von der materialistischen Geschichtsauffassung besitzt. Vor allen Dingen beweist sie gar nichts, denn sie spricht nur eine Ansicht aus.

Warum aber waren alle bisherigen Regierungen schlecht, warum taugen heute die besten Verfassungen nichts? Nun, weil sie auf der Klassenherrschaft beruhen, die Interessen der herrschenden Klassen vertreten. Mit der Uebernahme der Produktionsmittel von Seiten der Gesellschaft fallen aber die Klassengegenstände hinweg, es gibt keine Klassenvorrechte mehr zu verteidigen, die Regierung, die natürlich nur eine gewählte sein kann, verliert damit jeden jeden politischen Charakter und wird allmählich zur bloßen Verwaltung. Das kann nicht das Werk von einem Tage sein, denn die Abschaffung der Klassen geht nicht so schnell als Manche von uns glauben und wir alle wünschen. Zunächst handelt es sich darum, die Arbeiterklasse zur Herrschaft zu bringen, sie zum machthabenden Faktor in Gesetzgebung und Verwaltung zu erheben. Je kräftiger sie eingreifen kann, um so schneller wird ihre soziale Erlösung, wird die kommunistische Organisation der Gesellschaft bewirkt, die wirkliche Gleichheit und mit ihr und in ihr die Freiheit verwirklicht werden.

Und indem sich die Anarchisten, verleitet durch eine metaphysische*) Freiheitsvorstellung, dem widersetzen, während, man könne den Staat durch Dekrete abschaffen, wirken sie gegen die Befreiung der Arbeiter von der kapitalistischen Ausbeutung, sind sie in Wahrheit die schlimmsten Feinde der sozialen Revolution.

Ein „großer Mann“ todt.

Für das Heer der Gedankenlosen wird die Weltgeschichte von einzelnen Personen gemacht, die, mit übermenschlichen Kräften ausgestattet, die Schicksale der gemeinen Menschen nach Belieben lenken. Man kann das die theologische Weltanschauung nennen. Der Glaube an Götter und Helden steht genau auf gleicher Stufe und beruht genau auf denselben Voraussetzungen wie der Glaube an menschliche Halbgotter oder große Männer — die heroes (Herosen) des herowashippers (Heldenabenteuers) und Ergänzungs Carthyie. Der deutsche Bierpflücker, der sich einbildet, Bismarck habe das deutsche Reich geschaffen und trage auf seinen Schultern die heutige Welt, ist um kein Haar verständiger als der Pöbelherrscher, der einen Drecksack anbetet und von ihm die Heilung aller Krankheiten und Uebel erwartet.

Im Gegensatz zu dieser kindlichen und kindischen Weltanschauung lehrt uns die Wissenschaft, daß es in der Natur nichts Uebernatürlichen gibt, daß Alles sich nach natürlichen Gesetzen gestaltet hat und gestaltet, daß jede Wirkung die Folge einer natürlichen Ursache ist. Kurz, die Wissenschaft beseitigt das Wunder, — die Wunderthaten, die Wundergotter, die Wundermenschen, die Wunderthiere.

Das Einfache ist bekanntlich immer das Schwierigste — und zwar deshalb, weil der unentwickelte Geist der Phantasie den Vorrang vor dem Verstand gibt, und weil die Phantasie das Einfache verabscheut und in dem Wunderbaren schwelgt. Wie der einfaches Naturvorgang von dem Ungebildeten auf übernatürliche Ursachen zurückgeführt und in der phantastischen Weise aufgefaßt wird, so das einfache politische und soziale Vorkommniß. Es ist wahr, das Einfache ist für die Wissenschaft nicht einfach, und es gehört eine tausendmal geringere geistige Anstrengung dazu, den Olympus mit den schönsten Göttern und Göttinnen zu bevölkern und die Erde in einem Nu aus dem Nichts entstehen zu lassen, als zu entdecken, daß die Erde mit ihren Organismen eine lange Reihe von natürlichen Umgestaltungen durchgemacht hat und fortwährend in der Umgestaltung begriffen ist, und daß die beschiedenen, eklekten Regenwürmer — siehe Darwins berühmte Abhandlung! — sämtliche mythische und unmythische Revolutionäre von Oben und Unten, himmlische, hällische und irdische, an unflätiger Tätigkeit und Leistungsfähigkeit weit übertreffen.

Nicht bloß auf dem Gebiete der Religion tritt der Glaube an das Wunderbare hindernd in den Weg, sondern in noch viel höherem und gefährlicherem Grade, auf dem Gebiete der Geschichte — der ältesten, älteren, neueren und zeitgenössischen Geschichte. Mit dem Wachsen der menschlichen Erkenntnis verschwindet allerdings mehr und mehr das Wunder und die Mythologie aus der Geschichte, indess steckt doch noch eine tüchtige Portion davon selbst in der zeitgenössischen Geschichte. Und da die theologische Auffassung, der Glaube an übernatürliche Wunderwesen, im Interesse Derjenigen liegt, welche momentan noch die Geschichte der Welt lenken, so wird der politische Wunderglaube gerade jetzt mit einem verdoppelten Eifer und mit raffinierter Methode in großartigstem Maßstabe verbreitet. Wie viele tausend Millionen Bogen Papier sind

*) Uebernatürlich.

wo Herr Lippe Liebknecht gegenüber den bereits widerlegten Vorwurf wiederholt, daß dessen Antrag nur den Zweck habe, „Stimmen zu fischen“, erklärt er harmlos, daß er seinen Antrag so nichtigend formuliert habe, um für denselben möglichst viel Stimmen zu — „gewinnen.“ Das nennt sich „entschieden liberal!“

Da loben wir uns den in Leipzig mit knapper Noth gegen Debel gemäßigten rechtsnational-liberalen Bürgermeister Stephan! Der erklärt mannhafte, daß er und seine Freunde nicht für diese nichtigende Tagesordnung, sondern direkt gegen diesen, der Regierung so unbequemen Antrag stimmen werden. „Denn, meine Herren, wir beklagen es tief“ n. f. w. n. f. w. Den Rest kennt man.

Der feudale Krantziunker von Winnigerode erklärt dagegen, mit der Fraktion Laster Arm in Arm gehen zu wollen.

Da Windthorst sich noch nicht genug blamiert hatte, so suchte er noch einmal seine mit seinen früheren Erklärungen in Widerspruch stehende Abstimmung zu motivieren. „Ein Recht zur Revolution gibt es nie“ — ruft der Doktor juris pathetisch aus. Schade, daß er nicht Univeritätsprofessor geworden ist!

Nach einer Pflanzlei Eugen Richter's gegen Windthorst und Winnigerode kam Genosse Kayser zum Worte. Auch er hatte seinen guten Tag und gab namentlich Herrn Windthorst und dessen Freunden vom Zentrum ganz angemessene Wahrheiten zu hören. Da seine Rede von der Tagespresse noch nicht verbreitet wurde als die Liebknecht's, so werden wir uns ihre gleichfalls einen Auszug veröffentlichen.

Folgten noch verschiedene persönliche Bemerkungen, worauf in der Abstimmung der Antrag Lippe durchging, für den die Liberalen, die Mehrzahl der Konservativen und Fortschrittler, sowie die Ultramontanen stimmten.

Der prinzipiellen Entscheidung sind die Herren dadurch, nach ihrer Ansicht, aus dem Wege gegangen, das Volk aber macht so seine Unterschiebe nicht. Es hört, um mit Liebknecht zu reden, aus allen Windungen und Wendungen nur das eine nicht mißzuverstehende „Nein!“

Bei den Wahlen werden wir uns wieder sprechen.

Die königliche Preussische Sozialreform zeigte sich am 12. Januar in ihrer ganzen Schönheit. Es handelte sich um die in der Tagesordnung, der Reichskanzler sollte dahin wirken, daß die in der Gewerbeordnung vorgesehenen Vorschriften zum Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter endlich erlassen werden. Seit 1878 hat der Bundesrat die Vollmacht, diese notwendigen Schutzmaßregeln anzuordnen, 1879 wurde ihm ein fertiger Entwurf vorgelegt; derselbe verschwand aber von der Tagesordnung, weil er — dem Sozialreformator nicht gefiel. Im vorigen Jahre über das Schicksal dieses Gesetzentwurfes befragt, erklärte der „große Arbeiterfreund“, daß die Industrie, d. h. die Unternehmungen, die Mehrbelastung, die ihr aus solchen Schutzmaßnahmen erwachsen, nicht ertragen können. In England, in Frankreich, ja selbst in Oesterreich sind sie schon längst in Gültigkeit!!

Eine ganz ähnliche Antwort gab diesmal der Bundesratsvorsitzende, Geheimrath Lehmann. Nur vertritt er auf das bevorstehende Unfallversicherungs-gesetz. Man möge nur dieses erst annehmen, die auf Grund dieses Gesetzes zu bildenden korporativen Verbände, das seien die rechtlichen Instanzen, um zu entscheiden, inwieweit solche Vorrichtungen notwendig seien. Bis daher mögen also die Arbeiter weiter vernünftigen. Was das heißt, zeigt die Enquete von 1881. Von gegen zwei Millionen deutscher Arbeiter, auf welche diese sich erstreckte, wurden jährlich durch Unfälle in Fabriken 1886 getödtet, über 1600 dauernd erwerbsunfähig und 85,056 vorübergehend erwerbsunfähig. Schörrige, durch Fachleute und die Erfahrungen anderer Länder empfohlene Schutzmaßnahmen in Fabriken kann die Industrie nicht ertragen — das ist Bismarck'sche Arbeiterfreundlichkeit!

Wie man in „höheren Regionen“ über Verfassung und Gesetz denkt, lehrt die Reichstags-sitzung vom 13. Januar. Es handelte sich um den Antrag Kayser, der dahin ging, daß der Reichskanzler noch in dieser Session das Aktenmaterial über die verfassungswidrige Verabstimmung unseres Genossen Diez vorlegen solle. Dieses Aktenmaterial war nämlich schon in der vorigen Session verlangt worden, die müllertenberg'sche Regierung hat es auch dem Reichskanzler zur Verfügung gestellt, dieser aber, der, wo es ihn betrifft, den gelegentlichen oder auch ungelegentlichen Schutz so gerne in Anspruch nimmt, hat es für besser gefunden, die Sache ruhig — ad acta zu legen. Was kümmert den „Genialen“ eine Verfassungsverletzung, würde er doch, wenn es seinen Zwecken entspricht und er die Macht dazu hat, 1000 Verfassungen, die er beschworen, mit größtem Vergnügen brechen, „so wahr mir Gott helfe.“

Eide auf Verfassung und Gesetz sind nur für das dumme Volk da, das sich die Zähne daran ausbeißt mag.

Kayser's Antrag betraf den verfassungsmäßigen Schutz der Abgeordneten, man hätte meinen sollen, daß deshalb der ganze Reichstag wie ein Mann zusammengehalten hätte. Die Achtung vor sich selbst legte den Herren diese Pflicht auf. Aber siehe da, im Namen der Herren vom höheren Ehrgefühl, der „haatverbaltenden“ Verfechter der Religion und Moral kam exochen erklärte der christlich-konservative Junker von Winnigerode, daß für ihn und seine Freunde die Sache „erledigt“ sei.

Und richtig waren es die Konservativen und verschiedene Mitglieder der Fraktion für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ (Ultramontane!), die gegen den Antrag stimmten.

Die große Mehrheit oder nahm ihn aus dem oben bezeichneten Grunde an. Armes Kind, was wird Dein Schicksal sein?

„Wie Könige „wohltun.“ Das Feind der Uberschwemmen im Rhein- und Maingau re. ist auch dem deutschen Kaiser zu Herzen gegangen, und darum griff er tief in — den ihm für solche Zwecke zur Verfügung gestellten Dispositions-fonds und „bewilligte“ aus dem Volkskassenschatz die Summe von 600,000 Mark. Das nennen wir doch hochherzig handeln! Der Reichstag war auch ganz außer sich vor Rührung über solche Wohlthätigkeit und legte auf den Antrag Windthorst — der Minister ist bei solchen Angelegenheiten immer zuerst bei der Hand, wir erinnern nur an den Dynamitparagrafen! — dem Kaiser seinen unterthänigsten Dank dafür zu Füßen.

Wohlthun ist eine sehr schöne Sache, aber aus anderer Leute Tasche wohlthun, und dafür noch angewinkt werden, das ist in der That — Unmöglich.

Ein Proletarier, der von seinem fargen Wochenlohn den dritten oder vierten Theil hingibt, thut mehr für die Nothleidenden als dieser gekrönte — Wohlthäter, dessen Lob in allen Tonarten erschallt.

Aber, Sand in die Augen, das ist die Hauptsache!

Wie die privilegierten Gesetzeswächter die Gesetzgechten. In Göttingen forderte ein konservativ-antisemitischer Ständemacher, der vom Rufführer her berufliche Redakteur Hamel, einen fortschrittlichen Redakteur zum Bischofsauweil. Da die Herausforderung zum Duell auf Grund des § 201 des Strafgesetzbuches mit Festungshaft bis zu 6 Monaten bedroht ist und Herr Hamel sich öffentlich mit seiner Forderung brüskte, ohne daß ein Strafantrag erlassen wurde, so denunzierte schließlich der Fortschrittler, ein Herr Baadi, Herrn Hamel bei der Staatsanwaltschaft, und diese mußte wohl oder übel einschreiten. Bei der Verhandlung nun erklärte der Staatsanwalt — leider wird der Name dieses Biedermannes nicht angegeben —, daß „er zwar die unbedingte Herausforderung zum Zweikampfe mit tödtlichen Waffen erwießen, aber eine ganz besonders milde Strafe als angemessen erachtete, weil das Duell eine

Sitte und der gewohnheitsmäßige Weg in dem Stande, welchem die Angeklagten angehören, sei, die angegriffene Ehre zu verteidigen; die Angeklagten hätten sich bei dem ganzen Ehrenhandel völlig korrekt benommen. Hiernach beantragte die königliche Staatsanwaltschaft, den Angeklagten als Strafmäßigem je einen Tag Festungshaft aufzuerlegen.“

„Das Duell ist eine Sitte, meint der Herr Staatsanwalt“, sehen die liberalen Blätter hinzu, „und was ist dann nach seiner Ansicht das Gesetz?“

Wir wollen die Frage beantworten. Das Gesetz ist nach der Ansicht dieses würdigen Strebers ein Mittel, „missliebige Personen“ unschädlich zu machen, das freie Wort zu unterdrücken, die Kanaille Volk niederzuhalten, damit die privilegierten Räuber und Diebe am Volkskassenschatz ihren Raub in Ruhe und Frieden verzehren und nach unbeschränkter Laune ihren gefügigen Subjekten Brosamen zuwerfen können; das Gesetz ist geschaffen, um die Mächtigen zu schützen und die Schwachen der Willkür preiszugeben. Das Gesetz ist dazu da, im Interesse der Tyrannei mit Füßen getreten zu werden, wie Verfassungen dazu da sind, im gleichen Interesse gebrochen zu werden. Wie jeder Beamte hat der Staatsanwalt die preussische Verfassung beschworen, in welcher es heißt:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich; Standesvorrechte finden nicht statt.“

Was er von diesem Eide hält, zeigt sein obiger Ausspruch; trotzdem ist er beileibe kein Reineidiger, sondern ein Ehrenmann, ja ein Ehrenmann in der höchsten Potenz, ein — königlich preussischer Staatsanwalt!

Ein Orden wird ihm nicht ausbleiben.

Wenn's Leute aus der „guten“ Gesellschaft trifft. In Mainz hatte ein Schuhmann den, wie es heißt, allgemein geachteten Schriftsteller Röttger am hellen Tage verhaftet, weil er keine Legitimation bei sich trug. Dafür hat der Schuhmann einen derben Rüffel erhalten, eine empfindliche Geldstrafe erlegen, sowie Herrn Röttger persönlich Abbitte leisten müssen. — Daß einem Arbeiter oder Sozialdemokraten jemals eine solche Beugungnahme für einen politischen Willkürakt würde oder geworden sei, haben wir noch nie gehört und werden wir auch wohl, so lange das heilige deutsche Reich dauert, nie zu hören bekommen.

Uebri-gens — Mainz liegt in Hessen-Darmstadt. In Preußen hätte der Schuhmann einen Orden bekommen, und Herr Röttger eine Anklage wegen — Beamtenbeleidigung. Siehe „Fall Franzen“!

Noch etwas von Puttkamer's Art zu zitieren. Im preussischen Landtage hatte Herr Gneist bei Berathung der ultrareaktionären — das beweist Gneist's Opposition — Verwaltungsgesetzes dieses Puttkamer'sche Nachwerk so derb und kritisch, daß der Minister erklärte, zu müde zu sein, um sofort antworten zu können; dafür verlas er ein Zitat aus Gneist's Schriften, welches zeigen sollte, daß dieser bisher andere Ansichten geäußert, als sibi sibi ihm, dem Minister gegenüber. Herrn Gneist's Widersprüche nachzuweisen, ist soviel nicht sehr schwer, Herr Puttkamer aber brachte dies nicht anders fertig, als daß er — wie Gneist ihm sofort nachwies — eine Stelle aus dem Zusammenhang rief, „wie ein Reporter zu thun pflegt“.

„Ich zitiere, wie es mir paßt“, antwortete Puttkamer mit bekannter Unverfrorenheit.

Ei, ei, Herr Stöcker! Als der arme Hopsrediger in der Berliner Arbeiterversammlung vom 8. Januar von den Arbeitern immer mehr in die Enge gedrängt wurde, da schrie er in seiner Herzensangst, es gebe nur ein Buch in der Welt, das den Arbeitern freundlich gesinnt sei, die Bibel, und nur einen Mann, Jesus Christus, den zu Beileibe gebornen Zimmermannssohn. Ueber die Arbeiterfreundlichkeit der Bibel verlieren wir kein Wort, dagegen mocht uns der „Zimmermannssohn aus Betlehem“ sehr viel Vergnügen. Wie, Herr Hopsrediger? Sie wagen es, Christus den Sohn eines Zimmermanns zu nennen? Welch' grandioser Keyer sind Sie doch! Ist Ihnen denn gar nichts von einem gewissen „heiligen Geist“ und von einer Jungfrau Maria bekannt? Freilich war diese Jungfrau auch nebenbei Frau eines Zimmermanns, dieser aber hat mit dem Sohn dieser Maria, Christus, nichts zu schaffen, denn Christus ist der Sohn Gottes, das heißt, er ist sein eigener Sohn, da Christus Gott selbst ist. Das sind, denken wir, die Grunddogmen der christlichen Kirche, an denen nicht gerüttelt werden darf. Daß aber wir „gottlosen Sozialdemokraten“ gezwungen sind, dies einem preussischen Hopsrediger auseinanderzusetzen, das ist, um im Stöcker'schen Jargon zu reden, ein himmelstreichendes Zeichen von der „religiösen Bewahrfassung unserer Zeit.“

Ein Bluff aus dem Rücken. Genosse Schdu in Jny bekam diese Woche von Ulfm (amlich) die Nachricht, daß seine Sache — siehe Nr. 1 des „Sozialdem.“ — wiedergeschlagen und die Beschlagnahme seiner Bücher aufgehoben ist. Die Sache war wirklich so lächerlich, daß die „schwäbische Justitia“ sich zu einem „sanften Niederschlag“ bequeme, um nicht vor der ganzen Juristen- und Anwaltschaft als „Rechtsbehüterin von Valenburg“ feierlich und erblisch proklamiert zu werden. Schade, daß dem Ulmer „Rechts-Bluff“ dadurch die Chance entging, zum Valenburger Oberpfaff zu avancieren.

Frankreich. Der Anarchistenprozess in Lyon hat, wie auch der Gerichtsprozess ausfallen möge, unsere Vorhergabe erfüllt: er hat mit einer kolossalen Plamage der Staatsanwaltschaft geendet. Von einer „Verchwörung“ keine Spur, ebenso fehlt jeder Schatten eines Beweises für die Zugehörigkeit zu einer „internationalen Affiliation zum Umsturz der bestehenden Eigentumsverhältnisse.“

Was die Haltung der Angeklagten mit deren Ansichten wir bekanntlich nicht einverstanden sind, betrifft, so verdient dieselbe im Allgemeinen nur Anerkennung. Sie traten mit Energie für ihre Rechte ein und ließen sich in keiner Weise durch den Schwurgerichtspräsidenten, einen ehemaligen Bouapartisten, einschüchtern, gaben ihm vielmehr manche harte Nuß zum Knaden. So hielt ihm der Schriftsteller Gaurier entgegen, daß er so selbst nur im Namen einer Regierung austräte, die durch Rebellion an's Radler gekommen sei. „Wir sind also unter uns Anführer.“ Arg blamierte sich der Präsident, als er Kratopkin gegenüber dagegen Bewahrung einlegte, daß die That der Vera Sozialistisch in Frankreich allgemeine Sympathie erregt habe. „Vera Sozialistisch ist von den Geschworenen freigesprochen worden und Sie, als Richter, sollten doch vor einem Gerichtspräsident Achtung haben“, erhielt er unter allgemeiner Heiterkeit zur Antwort.

Interessant ist, daß gerichtlich festgestellt wurde, daß ein als Hauptanführer fungirendes Flugblatt, welches an Krastandbrücken, Drohungen, Aufforderungen zu Mord und Brand etc. das Reichsgermännische heißt, von einem notorischen Polizeispion, Namens Baladier, herührte. Wenden Ursprungs dürften auch die abernen Drohbriebe an den Gerichtshof sein. — Bis zur Stunde, da dies Blatt zur Presse geht, ist das Urtheil noch nicht bekannt.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Limoges wird mit wachsender Erbitterung geführt. Die Herren Fabrikanten wollen um jeden Preis die Arbeiterorganisation zerbrechen. 5000 Arbeiter sind infolge dessen arbeitslos.

Bei der Stichwahl in Lyon wurde der sozial-radikale Kandidat Briouin gewählt.

Im 5. Arrondissement von Paris (Wahlkreis Louis Blanc's) fand die Wahl der Arbeiterpartei Schriftführer J. Allemane, ehemaliger Kommune-kämpfer. Ihm gegenüber stehen der Opportunist Engelhard und der Sozialradikale Bourneville, der die

meisten Chancen zu haben scheint, und verschiedene nicht in Betracht kommende Kandidaten. Im Wahlprogramm Bourneville's figurirt u. A.: „Recht auf Erbsenz durch Arbeit für alle Arbeitsfähigen und Recht auf Unterhaltung für alle Arbeitsunfähigen“, sowie eine ganze Anzahl praktischer Arbeiterforderungen. Daraus ergibt sich, mit welchen Schwierigkeiten die Kandidatur Allemane zu kämpfen hat.

Im Wahlkreis Gambetta's (Charonne) wird als sozialistischer Kandidat u. A. A. Dumay genannt, 1871 Maire von Creteil. Auch Jules Guéde ist vorgeschlagen. Seine Kandidatur scheint nicht aussichtslos, da eine öffentliche Wählerversammlung, in der zunächst die Programmfrage diskutiert wurde, mit großer Majorität das Roanener Programm akzeptierte.

Aus Polen. Ueber die polnische sozialistische Bewegung wird uns von befreundeter Seite geschrieben. Langsam, aber sicher schreitet die junge polnische sozialistische Bewegung, von welcher vor 5 Jahren noch kaum die Spuren zu bemerken waren, vorwärts. Nicht alle Hoffnungen, die man an sie gefüllt hatte, sind zwar bis jetzt verwirklicht, aber wenn man alle Schwierigkeiten in Betracht zieht, welche der Bewegung entgegenstehen: die ungewöhnlichen politischen Verhältnisse Polens, das höchst feindliche Benehmen der polnischen Intelligenz gegen die neue Bewegung u. f. w., so muß man gestehen, daß die bisherigen Resultate als eine gute Bürgschaft für die Zukunft gelten können. Weiter muß erwogen werden, daß die sozialistische Propaganda keine Vorarbeiten für ihre Arbeit vorgefunden hat, weder eine demokratische, noch eine antireligiöse Propaganda ist ihr vorausgegangen, so daß sie fast die ganze Aufklärungsarbeit für die Massen allein verrichten mußte. Es mag Manchem selbstsam erscheinen, aber man findet in Polen, dem Lande, welches einst die Führerrolle in der europäischen Demokratie erboben, keine demokratische Literatur, keine demokratische Partei, und mehr als auf jedes andere Land kann man auf Polen die Worte des deutschen Arbeiterprogramms anwenden: daß alle Parteien ohne Ausnahme uns gegenüber eine — schwarz-patriotisch-reaktionäre Masse bilden.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen, zu denen noch der politische und zum Theil nationale Druck kommt, haben es die polnischen Sozialisten verstanden, in jedem der drei Theile des Landes einen festen Kern entschlossener und ihres Zieles bewußter Kämpfer zu bilden und so eine feste Grundlage zur Bildung der sozialistischen Arbeiterpartei in jedem Theile Polens zu legen. Sie haben auch in den intelligenten Arbeiterkreisen Sympathien für sich erworbt, haben eine zwar nicht originelle, aber doch sehr nützlich wirkende Broschürenliteratur geschaffen und — was auch von gewisser Bedeutung ist — haben auch in den „gebildeten“ Kreisen von sich reden, die Intelligenz auf die wichtige Bedeutung der sozialen Bewegung aufmerksam gemacht. Der „Hausen Tollkühse, Verdrücker an der nationalen Sache, Ribilisten, russische Spione“, und was man sonst aus für Ramen gibt — hat es so weit gebracht, daß nicht nur in mehr oder weniger weiten Privatkreisen, in der Presse, sondern auch in den beratenden Körpern (z. B. im galizischen „Sejm“) die soziale Gefahr besprochen wird, freilich nur, um vor dem Gift des Sozialismus zu warnen.

Die eigenartigen Zustände in jedem der drei Theile Polens: im östereichischen Galizien, im preussischen Polen und im russischen Königreich Polen — bringen es mit sich, daß auch die sozialistische Thätigkeit in jedem Theile einen besonderen Charakter tragen und sich mehr oder weniger selbstständig entwickeln muß. Zwar dient die Sprachgemeinschaft als Vereinigungselement der drei Theile, auch gibt es sonst genug praktische Interessen, welche die Sozialisten Polens, Galiziens und Polens mit einander verbinden, und es gibt auch viele Sozialisten, die sowohl in dem einen, wie in dem andern Theile gewirkt haben. Aber die Thätigkeit selbst, die Programme, die näheren Ziele der Bewegung müssen selbstverständlich in den verschiedenen Theilen unabhängig sein.

Die Bewegung in russisch-Polen (im sogenannten Königreich) und hauptsächlich in Warschau ist die äteste wie auch die wichtigste von allen. Nicht sowohl weil sie die meisten positiven Resultate zu Stande gebracht hätte, wenn man unter positiven Resultaten etwa eine hochwichtige revolutionäre That oder eine vorübergehende Besserung im Wohlstande der Arbeiterklasse oder einen Einfluß auf die Gesetzgebung versteht. Solcher Resultate kann sich die hängige Thätigkeit der Sozialisten im Königreich nicht rühmen. Revolutionäre aus Prinzip, hat sich die Thätigkeit der Partei bis jetzt auf Propaganda beschränkt, an einen Einfluß auf die Gesetzgebung oder eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse ist bei den jetzigen politischen Verhältnissen in Russland nicht zu denken. Aber die Warschauer Sozialisten haben die meisten agitatorischen und intellektuellen Kräfte der Partei gesammelt; sie haben durch zahlreiche Opfer, die für die Sache gelitten und gestorben, sowie durch ihre ganze Thätigkeit eine gewisse revolutionäre Tradition unter der Warschauer Arbeiterbevölkerung und einem, wenn auch kleinen Theile der Warschauer Jugend geschaffen. Nach Warschau haben sie fast nur durch Verhaftungen, Verfolgungen von Seite der Regierung, sowie durch ihre revolutionäre Literatur sich bemerkbar gemacht.

In dieser Beziehung — um nur von den letzten Ereignissen zu sprechen — ist ein neues Programm der Warschauer Organisationen bemerkenswert, welches unlängst in Genf gedruckt wurde. *) Einige Auszüge werden die beste Auskunft darüber geben.

Zu der allgemeinen Entwicklung der europäischen Länder bildet unser Land keine Ausnahme; seine Vergangenheit und seine jetzigen Einrichtungen waren und sind nur auf der Armut und Ausbeutung basirt und bieten dem Arbeiter nichts als Noth und Entbehrung. Unsere Gesellschaft trägt alle Jüge eines bourgeois-kapitalistischen Organismus, wenn auch der vollständige Mangel politischer Freiheiten ihm ein besonders ekendes und tränkliches Aushen geben. . . . Von einer Klasse ambedrückt und in ihrer Apathie verankelnden Parasiten unterdrückt, des Antheils an der Führung öffentlicher Angelegenheiten beraubt, . . . ist das polnische Proletariat länger als das anderer Länder im Schlafe geblieben. Außer den ökonomischen und politischen Verhältnissen hat hierzu nicht wenig auch die nationale politische Abhängigkeit unsere Land des vom fremden Eroberer beigetragen. Die nationalen Bewegungen und Kämpfe haben, indem sie zur Einigkeit aller Polen und zum gemeinschaftlichen Kampfe gegen die Fremden anriefen, bei uns das Klassenbewußtsein des Arbeiters getödtet. . . . Die nationale Unabhängigkeit, die als Mittel gegen alle sozialen Schäden verknüpft ward, hat die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den wirklichen Ursachen ihres Elends abgelenkt. . . . Diese Zustände können nicht länger dauern. Die moralische Emancipation des polnischen Proletariats von den Einflüssen seiner bevorrechteten Klassen, der fremden Regierungen und der nationalen Traditionen ist die notwendige Vorbedingung jeder vollbefreienden Bewegung. Deshalb muß das polnische Proletariat sich vollständig von seinen bevorrechteten Klassen emanzipiren und den Kampf gegen sie unternehmen als eine in allen ihren ökonomischen, politischen und sittlichen Bestrebungen selbständige Klasse. Weiter muß es sich als ausgebeutete Klasse mit den Ausgebeuteten aller Nationalitäten auf Grund des Klassenkampfes vereinigen.

Die Ziele und Bestrebungen des polnischen Proletariats können in folgender Weise formulirt werden:

1) Autonomie der politischen Gebiete werden; 2) Uebergang von Grund und Boden, sowie aller Arbeitsinstrumente in den gemeinschaftlichen Besitz aller Arbeitenden, d. h. des sozialistischen Staates. Die Lohnarbeit soll durch die gemeinschaftliche Arbeit ersetzt werden. Jeder hat das Recht auf den Genuß der Produkte seiner Arbeit, gemäß den Mitteln des Staates.

3) Auf dem politischen Gebiete wollen die Arbeiter: 1) Vollständige Autonomie der politischen Gruppen. 2) Antheil aller Bürger an der

*) Zu der polnischen sozialistischen Zeitschrift „Przedmirt“ Nr. 4.

Gesetzgebung. 3) Wahl aller Beamten. 4) Vollständige Freizügigkeit, Vereinigung und Vereinigungsfreiheit. 5) Vollständige Gleichstellung der Frauen. 6) Vollständige Gleichheit der Nationalitäten. 7) Internationale Solidarität als Bürgschaft des internationalen Friedens.

Als Mittel zur Erzielung dieser Forderungen betrachtet das Programm die Aufweckung der Arbeiter gegen jede Form der Ausbeutung, Unterstützung von Arbeitervereinigungen, Terroristen der Kapitalisten und Polizeiorganen, Gründung geheimer Arbeitervereinigungen. Zur Erreichung der politischen Ziele will das Programm: a) durch Widerstand die Tätigkeit der administrativen Organe erschweren; b) das Volk zur Steuererleichterung bewegen; c) sich jeder Einmischung der Administration in die zwischen Fabrikanten und Arbeitern entstehenden Kämpfe widersetzen; d) öffentliche Sympathie für alle mit dem russischen Despotismus kämpfenden Völkern zeigen und sie als Kampfgenossen betrachten; e) an allen gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen Antheil nehmen, soweit sie keinen religiösen Charakter tragen.

Wir haben diese längeren Auszüge aus dem Programme nicht etwa deshalb gegeben, weil wir demselben eine außerordentlich wichtige Rolle zuschreiben wollen, oder weil wir dasselbe etwa von taktischen oder anderen Gesichtspunkten her betrachten. Für uns ist vor allem ein anderes Element wichtig, nämlich die Rasse, die hinter einem Programme steht. Immerhin ist das angeführte Programm als ein Zeichen der Entwicklung interessant. Es zeigt, daß die polnischen Sozialisten, wie sie es in überwiegender Mehrheit schon fast von Anfang an bezeugt haben, nichts mit der patriotischen Bewegung gemein haben, daß sie einer bloßen Unabhängigkeitsrevolution feindselig gegenüberstehen und auf streng internationalem Boden stehen. Weiter zeigt das Programm ein größeres Verständnis für die politischen Bestrebungen und Forderungen und weist denselben eine größere Rolle an als die bisherigen Programme der Warschauer Organisation. Auch ist es viel praktischer und weniger mit Allgemeinheiten überladen.

Was aber seine Bedeutung erhöht, ist der Umstand, daß es das Programm einer wohlorganisirten sozialistischen Gruppe, des „Proletariats“, bildet und von dem Ausschuss der Gruppe, dem sogen. Arbeiterausschuss, verfaßt ist. Wir können freilich nicht genau wissen, noch schreiben, wie stark der Einfluß der Gruppe ist, aber wir können hoffen, daß, wenn sie in der Ausführung ihres Programmes verharret, sich positive Resultate ergeben werden und das bis jetzt, fast ganz passive Verhalten der polnischen Sozialisten, Dank der neuen Organisation, in ein viel aktiveres Wirken sich verwandelt wird.

Aus den andern Theilen Polens in einem folgenden Bericht.

Jenny Longuet, geb. Marx.

Am 11. Januar starb in Argenteuil bei Paris die älteste Tochter von Karl Marx, Jenny, seit ungefähr acht Jahren die Frau des ehemaligen Mitglieds der Pariser Kommune und jetzigen Mitredakteurs der „Justice“, Charles Longuet.

Geboren am 1. Mai 1844, ist sie inmitten der internationalen proletarischen Bewegung herangewachsen und aufs Innigste mit ihr verwachsen. Bei einer Zurückhaltung, die fast für Schüchternheit gelten konnte, entwickelte sie, wo es galt, eine Geistesgegenwart und Energie, um die mancher Mann sie beneiden dürfte.

Als die irische Presse die insofern Behandlung an den Tag brachte, die die 1866 und später verurtheilten Genier im Zuchthaus zu erdulden hatten, und die englische Presse diese Schändlichkeiten hartnäckig tadelte; als das Ministerium Gladstone, trotz der bei den Wahlen gemachten Versprechungen, die Amnestie verweigerte und nicht einmal die Lage der Verurtheilten milderte, da fand Jenny Marx das Mittel, dem frommen Herrn Gladstone seine zu machen. Sie schrieb zwei Artikel in „Kocher's „Marxistische“, und schilderte in glühenden Farben, wie im freien England politische Verbrecher behandelt wurden. Das half. Die Enthüllung in einem großen Pariser Blatt war nicht zu ertragen. Wenige Wochen darauf waren O'Donovan Rossa und die meisten anderen frei und auf dem Wege nach Amerika.

Im Sommer 1871 besuchte sie mit ihrer jüngsten Schwester ihren Schwager Lafargue in Bordeaux. Lafargue, seine Frau, sein krankes Kind und die beiden Mädchen gingen von da nach Bagneres de Luchon, einem Pyrenäenbade. Eines Morgens früh kam ein Herr zu Lafargue: „Ich bin Polizeibeamter, aber Republikaner, der Befehl ist gekommen, Sie zu verhaften, man weiß, daß Sie die Verbindungen zwischen Bordeaux und der Pariser Kommune geleitet haben. Sie haben eine Stunde Zeit, um über die Grenze zu gehen.“

Lafargue mit Frau und Kind kamen glücklich über den Paß nach Spanien, dafür rächte sich die Polizei an den beiden Mädchen und verhaftete sie. Jenny hatte einen Brief des von Paris geflohenen Kommuneführers Gustav Flourens in der Tasche; wurde er gefunden, so war er ein sicherer Restpaß für sie Beide nach Konstantinopel. Einen Augenblick im Bureau allein gelassen, machte sie ein altes bekanntes Registerbuch auf, legte den Brief hinein und klappte das Buch wieder zu. Blicke lag er noch da. Nach dem Sieg des Prästien abgeführt, stellte dieser, der edle Graf von Kóraty bonapartistischen Kagedentens, ein scharfes Verhör mit den zwei Mädchen an. Aber die Verleumdung des ehemaligen Diplomaten und die Brutalität des ehemaligen Kavallerieoffiziers scheiterten an der ruhigen Besonnenheit Jenny's. Mit einem Wuthausdruck über „die Energie, die den Frauen dieser Familie eigen scheint“, verließ er das Zimmer. Nach längerem Hin- und Her-telegraphiren nach Paris mußte er die beiden Mädchen endlich aus der Gefangenschaft entlassen, in der sie eine echt preussische Behandlung genossen hatten.

Diese beiden Jüge aus ihrem Leben bezeichnen sie. Das Proletariat hat an ihr eine heldenmüthige Kämpferin verloren. Ihr trauernder Vater aber hat wenigstens den Trost, daß Hunderttausende von Arbeitern in Europa und Amerika an seinem Schmerz Antheil nehmen.

London, 13. Januar 1883.

Fr. Engels.

Die Beerdigung fand am 13. Januar unter zahlreicher Theilnahme von Seiten der in Paris lebenden Sozialisten und Revolutionäre aller Länder, insbesondere ehemaliger Kommune-kämpfer statt. Von letzteren nennen wir: Alphons Humbert, Jaclard, Fontaine, Direktor der Domainenverwaltung unter der Kommune, Dr. A. Regnard, Sekretär Raoul Rigaults, Ed. Vaillant u. Die Redaktion des „Internationale“, des „Mot d'Ordre“, des „Citoyen et la Bataille“ waren durch Delegirte, die der „Justice“ vollständig vertreten. Von sonstigen bekannten Theilnehmern seien noch P. Camroff, W. Deville, J.-L. Blanc, Constant Laurent, Mathé und Kamenan genannt.

Am Grabe verlas S. Pichon von der „Justice“ einen von Ch. Longuet dem Andenken seiner Frau gewidmeten ebenso einfachen wie ergreifenden Nachruf, da Longuet nicht im Stande war, selbst zu sprechen. Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Korrespondenzen.

— Nürnberg. Nach lange andauernder Stille in den öffentlichen Angelegenheiten ist nun endlich Gelegenheit der im Dezember stattgehabten Neuwahlen zum ge-erblichen Schiedsgerichtlichen Organ geworden, um wieder einmal öffentlich zu zeigen. Obwohl die hiesigen Genossen auch sonst reich Beschäftigung genug haben, so sind doch immer solche Gelegenheiten willkommen, indem durch auch minder eifrige Genossen sich wieder

leben lassen und aus eigenem Antrieb in die dadurch hervorgerufene Bewegung eingreifen. Auf die immer mehr überhandnehmende Gleichgültigkeit unserer fortschrittlichen Spießbürger gegenüber dem öffentlichen Leben blicken wir, und diesmal auch an der Beizhermlichkeit aus dem Stande der Arbeit eger zu beherzigen. Natürlich mußte dies auf dem Wege der Ueberumpfung geschehen, indem sonst die Gegner doch genügend Leute ihrer Kouleur anjubelten im Stande gewesen wären. Wir haben deshalb unsere Wähler nur persönlich eingeladen, und unsere Gänger ermahnen erst nach unserer Siege, daß sich auch die Sozialisten diesmal an der Wahl betheiligen. Daß bei solchen Streichen die durch das Ausnahmegericht hervorgerufene veränderte Taktik unserer Agitation zu Statten kommt, ist selbstverständlich. Das Organ der hiesigen Fortschrittspartei, das, wenn es gerade nichts in den Nummern abt, alles auf uns hierzuort Beiliegliche todtzuschmeigen versucht, sah sich doch genöthigt, in einer kleinen Korrespondenz hierüber seinen Aerger über die Indifferenz und Laubheit der „aufgesunknen“ Bürger auszubringen. Die Fortschrittspartei am hiesigen Orte, deren Organ stets von Nichterscheiden Kritikern gegen die Reaktion wimmelt, hat seit ihrer wüthenden Niederlage bei der letzten Reichstagswahl noch nicht einmal den Muth gehabt, eine einzige öffentliche Versammlung abzuhalten; man scheint von einer wahren Scheu vor öffentlichen Kundgebungen erfüllt zu sein. Was Wunder, wenn unsere in Politik launisch gewordenen Spießer über ihrem Geschäftlichen und abendlichen Torol überhaupt jede öffentliche oder auf höherem Niveau sich bewenende Frage übersehen. Zu verwundern ist es gerade nicht, wenn diese Kirchhofsbesuche auch auf manche illegitimen Arbeiter ihren Einfluß ausübt, aber der Kern der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie dahier, wird weder durch Ausnahmemaßregeln geschreckt, noch durch Todtzuschmeigen zu einer Stagnation à la hiesige Fortschrittspartei gebracht. Die Schiedsgerichtswahl der Beizher aus dem Stand der Arbeitnehmer hat dies auch bewiesen, indem sich diesmal an dem Wahltage, wozu für die vielen Tausende von Arbeitern wieder nur ein Wahllokal vorgegeben war, eine bedeutend größere Wahlbetheiligung geltend machte als bei der vor 3 Jahren stattgefundenen Wahl.

Nachdem seit Erlass des Sozialistengesetzes alle angemeldeten Versammlungen unter den nichtigen Vorwänden verboten wurden, sobald die Polizei die Vermuthung hegte, daß dieselben von uns ausgingen, wobei als Motive angeführt wurden, daß das betreffende Lokal früher (?) zu sozialistischen Versammlungen benutzt worden oder daß die angemeldete Versammlung an einem Montage stattfinden sollte, an welchem Tage früher auch in der Regel diese Versammlungen abgehalten wurden, hat in der letzten Zeit die Polizei solchen Versammlungen, obwohl sie von bekannten Sozialisten einberufen wurden, kein Hinderniß mehr in den Weg gesetzt.

Solche Versammlungen, deren Tagesordnung gewöhnlich die Arbeitergesetzgebung vor dem Reichstage behandelte, wurden hier, in Fürth und Schwabach unter sehr zahlreicher Theilnahme abgehalten und hat der Referent, Reichstagsabgeordneter Genosse Grillenberger, die Unzulänglichkeiten und Mängel, ja Schäden der Regierungsvorlage für den Arbeiterstand einer scharfen, aber gerechten Kritik unterzogen. Ueberall wurde dem Redner lebhaftest Zustimmung und Beifall zu Theil.

Ueber die Aufhebung des Schulgeldes an den hiesigen Volksschulen und die beabsichtigte Einführung der Arbeitsschüler durch die Reichsregierung wurde in einer sehr zahlreichen besuchten Versammlung am 30. Dezember hier verhandelt, und werden in Betreff des ersten Punktes nächstens energische Schritte geschehen, um unsere fortschrittliche Gemeindevorstellung zu zwingen, mit ihrer alten Programmforderung betreffs Aufhebung des Schulgeldes endlich einmal Ernst zu machen. Beim zweiten Punkte wurde auf Befürwortung des Referenten Genossen Grillenberger beschlossen, sich der Petition der Gewerbetreibenden nicht anzuschließen, sondern einen energischen Protest Namens der Versammelten an den Reichstag gelangen zu lassen, in dem in deutlicher und scharfer Weise ausgesprochen werde, daß wir uns solches Ansehen auf die Würde des deutschen Arbeiterstandes nicht bieten lassen und uns überhaupt für eine solche Arbeitervorsorge bedanken. Ungetheilten Beifall fand die Aeußerung des Redners, daß die gesammte geplante Sozialreform immer mehr sich als eine Sozialreaktion entpuppt. Außer Genosse Grillenberger sprach auch noch zur Aufhebung des Schulgeldes Genosse Wiemer, welcher seit mehreren Jahren sich hier niedergelassen hat, und darf die Versammlung als eine äußerst gelungene bezeichnet werden.

Auf unsere im vorigen Sommer stattgehaltene Landesausschließung soll doch, wenn auch etwas spät, ein Rückblick geworfen werden. Daß dieselbe sehr schön und gelungen sich gezeigt, wurde allgemein anerkannt; daß aber daran das Protektorat Seiner Majestät König Ludwigs II. keine Schuld getragen hat, galt als ebenso sicher, obwohl die bekannte Schweismedelci es nicht unterlassen konnte, stets von den hohen Bediensteten und Förderern des Unternehmens seitens des Genannten zu sagen. Daß er es sogar trotz oder vielleicht wegen einer von Krieherei und kleinem Byzantinismus strotzenden Einladung verschmähte, das von ihm „protegierte“ Unternehmen wenigstens zu beschließen, hat zwar seine getreuen Kreaturen tief geschmerzt, aber geschadet hat es gar nichts, wenn dem Volke so ad oculos demonstrirt wird, wie überflüssig überhaupt diese Leute von Gottes Gnaden sind. Der Werth, den diese Ausstellungen für die Arbeiter haben, ist ein äußerst geringer, wie mancher Strebende, der sich schon auf die dadurch erhoffte Erweiterung seiner Kenntnisse freute, sich sagen mußte. Zwar haben die Fabrikanten zum großen Theile ihre Arbeiter auf ihre Kosten einmal hingeführt, und dieselben hatten Gelegenheit, im Fluge zu sehen, was sie Alles für die privilegierten Faulenzer an Pracht und Herrlichkeit schaffen dürfen, und wie herrlich weit es das Menschengeschlecht gebracht hat; von einem Fernen aber oder Studium war natürlich keine Rede; dafür sorgten schon die hohen Eintrittspreise, und die Arbeitgeber waren bescheiden genug, selbst ihren sähigeren Kräften keine Gelegenheit zur Bereicherung ihrer Kenntnisse zu geben, die ja doch nur wieder ihnen zu Gute gekommen wäre.

Am meisten entwickelt war, wie allseits zugegeben wurde, die Kneip-Industrie; man hätte glauben können, es wäre eine Feier zu Ehren des biedereren Gambirinus, und es kamen deshalb die sonst so bequemen und so dicken Pfeiffer von Rah und Ferne gewallfahrt.

Wenn vielleicht auch manche Fabrik und manches Etablissement durch die Ausstellung vermehrte Aufträge erhalten hat, so hat dies aber doch auf die Arbeitsverhältnisse keinen großen Einfluß geübt. Gingen auch manche Betriebe letzten Sommer etwas flotter, und namentlich hier durch das Weinachtsgeschäft begünstigt, so machte sich doch weder eine Nachfrage nach Arbeitskräften geltend, noch zeigte sich eine Besserung der miserablen Lohnverhältnisse. Nur durch Ueberstunden, wozu oft halbe und ganze Nächte genommen werden, ist es in den kleineren Betrieben, und namentlich den Spielwaarenbranchen möglich, sich halbwegs „anhändig“ durchzuschlagen.

Appolonius.

— Aus dem 22. sächsischen Wahlkreis. Am Neujahrstage versammelten sich die alten Streiter in einem Walde bei Leuznau auf dem Zwecke, eine größere Regsamkeit und bessere Organisation zu erzielen. Allerdings ließ sich frischer Muth erkennen, welcher sich durch gute Thaten (Sammelung und Abonnement auf das Parteiorgan) dokumentirte. Eine Bezirksliste wurde errichtet, den Volksblätter-Schmiff Redakteuren soll mehr auf die Finger geklopft werden und Anderes mehr.

Wenn auch die Streiks im letzten Quartal des vergangenen Jahres nur von geringem Nutzen waren, so haben sie doch gezeigt, wie mitten im tiefsten Frieden eine Bewegung möglich, ohne alle Vorbereitung, losbrechen kann, und ferner, daß es nur den mit Organisationsdank begabten Sozialisten gelang, etwas Ordnung und Takt in die Massen zu bringen. Allenfalls waren es unsere Leute, welche die Massen leiteten, vor unangebrachten Ausschreitungen bewahrten, so daß die anwesenden Polizisten gar nicht einsehen konnten, zu was sie eigentlich dabei sein mußten. Es war ein erbebend großartiger Eindruck, diese ruhig dahinziehenden stierenden Massen zu beobachten. Die vor Schreck bebenden Geldleute verkrochen sich hinter die Fenster, das Proletariat aber stülpte sich in seinem Klassenbewußtsein gekräft. Die Folgen des Krieges waren leicht zu tragen, da allenthalben als Hauptbedingung bei Wiederaufnahme der Arbeit galt: Keine Maßregelung der Komitentenlieder. Was eine Auflage ist in Reichsbach von Seiten der Firma Schletter gegen H. Müller, den Verfasser einer wahren und mäßigen Erklärung des freilebenden Arbeiterpersonals an die Gewerkschaft, erhoben worden, durch welche die kranke und sehr christliche Ausbeuterfamilie sich schwer gekränkt und beleidigt, ja im Besahst geschädigt findet und deshalb Bestrafung auf Grund aller Verleumdungs-, Anfeindungs- und gemeingefähr-

lichen Paragrafen des Straf- und Sozialistengesetzes fordert. Die Sache liegt in Plauen, wofür die Staatsanwalt und Arbeiterfreund Herr Dr. Hartmann untersuchen wird, ob sich ein Prozeß machen läßt oder nicht. Auf jeden Fall wird die Suppe nicht so heiß gegessen, als sie aufgetragen wird.

Im Uebrigen können die Genossen versichert sein, daß wir nach wie vor unsere Pflicht erfüllen und bei allen Vorkommnissen am Platze sein werden. Mit Schachschach erwarten wir den Tag der Erlösung.

Die alte Garde.

Ein Märchen.

Am Werkstuhl gedichtet.

Es war einmal ein König,
Dem war der Lohn zu wenig
Für seine schwere Plag.
„Mit lump'gen fünf Millionen,
Kann kaum den Koch ich lohnen
Bei der Thron'rang heutzutag!“

„Mit lump'gen fünf Millionen
Kann Waitressen ich nicht lohnen,
Ohn' die ich nicht leben kann.
Ich bin von „Gottes Gnaden“,
Doch mit Schulden schwer beladen,
Lohnverhöhung muß ich ha'n!“

Im königlich —'hen Landtag
Küßte die Sache kam zur Sprach;
Da sprach der Präsident:
„Der König muß mit viel Mühen
Für's Volk den Karren ziehen,
Oft schwierig sind die Händ'.“

„Das Leben wird ihm sehr sauer,
Es taufhet, ach! kein Bauer
Sein Dasein mit unserm Herrn:
Man geb' ihm acht Millionen,
Die Arbeit muß man belohnen.“
Und einstimmten Alle gern.

Das Volk aber kann' nicht wenig,
Ueber seinen Schuldenkönig,
In Berge ihm haben die Haar':
„Der Lohal ist aber doch zu stark,
Uns gibt man pro Tag kaum zwei Mark
Und predigt stets: Volk, o spar'!“

„Dir ist Dein Lohn zu wenig,
Denn spantst das Volk, o König,
Du stärker noch ins Joch;
Wir haben nicht satt zu essen,
Wozu brauchst Du Waitressen?“ — — —
Aber zahlen thäten sie doch!

Ein Wirker
aus dem 15. sächsischen Wahlkreis.

Verbrecher-Album.

Der Dieb, Schwindler und Betrüger, Buchbinder Reinhold Köhler aus Altenburg (Sachsen) hat sich in seiner Heimath als Gastwirth niedergelassen und die Unverschämtheit gehabt, den Genossen in Bern per Karte zu schreiben, „daß er das Geld, welches er dem deutschen Verein schulde, sehr wahrscheinlich nicht zahlen werde. Die Buchbinderzeitung gedankte er zu verflagen, das sie ihn als Schwindler bezeichnen habe.“

Zum Schluß droht der Professionsdieb und Lügner Köhler „mit Veröffentlichung großartiger Geschichten in diversen Blättern und will schließlich Rache nehmen an Allen, die sich gegen ihn verschwaren.“

Wir sind bereit, der „Buchbinderzeitung“ ein halbes Duzend Zeugen und Köhler's schriftliches Diebsbekenntniß zu bringen, und bitten die Genossen, wo immer dieser Schurke sich blicken läßt, ihm seinen Steckbrief und dies Blatt ostmöglichst an die Thür zu kleben! Einzelabzüge versenden wir gratis!

Die Züricher Vertrauensleute.

Briefkasten

der Expedition: R. Paris: Hausnummer vom Besteller so angegeben. Erbst. abgg. — E. B. E. E.: R. — 50 flr 1 Expl. Nr. 3 erb. — Erb.: H. v. 9/1 am 15. erb. D. nicht aufgeführt. Sämliche Orte werden demnachst aufgezogen. — atoro: Da kommt die Bräthe theurer, als der Braten; jast aber die Hauptfache. Firma übrigens stark rambonirt, also umgehend Erbst. her! — U. a. D.: Alles fort. Hielten R. für W's Nachfolger. — Kadoserus: Erb. nicht sprechbar. +++ hat nur einmal verrechnet. — Alter Kohläner: Am 27/7 82 R. 3 ab 3. Da. und am 31/10 R. 3. — 3. Da. D. v. u. R. 3, 30 4. Da. u. Schft. f. Ser. T. Erb. Bon R. 1, 20 (?) keine Spur. — Schorle: R. 150. — à Cto. erb. Siehe Briefl. 3 unter Hh., da Ortsangabe auf Coupons fehlte. — J. W. D. D.: 40 fr. j. Schft. erb. — Mercurius: G. i. B.: R. 3. — Ab. 1. Da. u. R. 2. — pr. Ufs. dtd. erb. — P. J. Paris: Fr. 2, 50 Ab. 1. Da. erb. — Rayr.: Fr. 2. — Ab. 1. Da. erb. — E. a. b. R.: R. 7, 20 Ab. 4. Da. erb. Hfl. Weiteres. — G. R. R.: 30 fr. j. Schft. erb. — G. R.: London: Fr. 100. — v. Er. eingetr. Erwarnt Ordre betr. „t. t.“ — U. R.: Fr. 3, 75 Ab. 1. Da. erb. — Grills-B. Wthur: Fr. 2. — Ab. 1. Da. erb. — Dr. G. P. B.: R. 10. — p. Ab. u. Schft. erb. Nachtrag. folgt nach Wunsch. — Carl Werner II. R. 100. — à Cto. Ab. erb. R. H. l. C. hat sich getrennt. Siehe No. 2. Bestllg. folgt. — Rjm. E.: R. — 50 j. Schft. erb. — T. G. Abrg.: Fr. 10, 56 Ab. 1. u. 2. Da. erb. — Oukel: Fr. 30. — à Cto. Ab. 1. Da. erb. — Michel Stieber: R. 95. — à Cto. Ab. erb. nebst H. v. 9/1. — P. Gen. Oberbad: R. 2. — pr. Ufs. dtd. verwendet. — Fr. J.: Fr. 2. — Ab. 1. Da. erb. — A. Hg. Rm.: Fr. 11. — Ab. Ausgleich pr. 1. Semester erb. — Bergeht die Verfolgten und Gemeindegeldern nicht: Fr. 1. — j. Uf. dtd. erb. — Dsch. Ber. Zürich: Fr. 31 v. d. Abendunterh. zum Besten der Ausgewiesenen dtd. erhalten. — E. R. E.: R. 3. — Ab. 1. Da. erb. — Th. G. Hdt.: R. 3. — Ab. 1. Da. erb. — a. d. Eder: R. 36, 60 Ab. 1. Da. u. R. 3. — Ab. 1. Da. B. u. R. 3. — Ab. 4. Da. B. erb. Alles beachtet. — U. G. P.: R. 12, 05 Ab. 1. Da. u. Portozuschlag nebst Schft. erb. — Rro. 548: R. 3, 50 Ab. 1. Da. u. Schft. erb. — P. Gen. St. Jmer: Fr. 8, 10 pr. Ufs. dtd. erb. — Th. S. Glasgow: R. 24. — Ab. 1. Da. erb. — Seltmann: R. 10. — à Cto. u. Brilagen erb. — P. Gen. Chemny: R. 48. — pr. Kthl. Cto. dtd. erb. — Lodernde Flamme: R. 3. — Ab. 1. Da. u. R. 1. — pr. Ufs. dtd. erb. Hfl. Weiteres. — Rother Franz: R. 3, 20 R. 1. — à Cto. erb. — Joroafer: Dank für Alles. Wird besorgt. — Fr. J. Schg.: R. 3. — Ab. 1. Da. erb. — Bernheim G.: R. 3. — Ab. 1. Da. erb. — J. R.: Sw. R. 1, 70 Ab. 1. Da. erb. — See-Ab. 1. Da. erb. — R. v. 9/1. — D. 82 u. à Cto. 1. Da. erb. B's rickstige Firma unbekannt, also hier unauffindbar. — Landesausschuss Jleich: Fr. 300 (worunter Fr. 16, 40 Zug u. Fr. 12. — Bern früher quittirt) pr. Ufs. dtd. erb. Spezialstrafe der Orte demnachst. — Ueberbarger Haide: R. 23. — à Cto. Ab. eingetroffen. Hfl. erwartet. — Rother zum: Verjahen nach Vorschrift und berechnen v. Erpl. Fr. 1, 50 3 Expl. in 1 Kreuzbb. Je 50 Gramms kosten 5 Cto. pr. Kreuzbb. Hfl. ist „im Staatschutz“. — Serlow: Fähr. versprach Alles zu beantworten. K. treffe seien. Weiteres besorgt. Einige Bilder, sobald Anonce kommt.